

dieser Zeit, genauso aber auch später im Umfeld regionalpolitisch bedeutsamer Ereignisse, fand eine große Zahl an Sitzungen statt. Dabei wurden in vielen Fällen politische Probleme unmittelbar im Laufe der Beratungen einer Lösung unterzogen. Gemeinsam mit den Resultaten der Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene erlauben die parlamentarischen Beratungen aber auch eine Analyse des kompetitiven Aspekts der politischen Verarbeitung struktureller Probleme. Die Parlamentsprotokolle spiegeln die Erfordernis, eine angemessene Struktur- oder Reformpolitik nicht nur zu entwickeln, sondern spätestens in der Konfrontation mit den Wählern auch zu „erklären“; die Wahlergebnisse gewähren so Aufschluß über Erfolg und Mißerfolg der von den Parteien entwickelten Strategien.

Die Anlage der Untersuchung folgt einem chronologischen Schema: In drei Hauptkapiteln wird zunächst die Phase der Eingliederung im engeren Sinne, dann die Stagnationskrise der ersten Hälfte der 60er Jahre und schließlich die Zeit der Wirtschaftskrise und ihrer Überwindung gegen Ende des Jahrzehnts untersucht. Den drei Hauptkapiteln liegt dann eine sachliche Gliederung zugrunde. Im ersten Hauptkapitel wird die Lösung der Saarfrage nach einem Mehr-Ebenen-Konzept in drei Teilkapiteln als diplomatischer Prozeß, als Verhandlungsgegenstand zwischen den Regierungen in Saarbrücken und Bonn und schließlich als Gegenstand saarländischer Politik analysiert. Im zweiten Hauptkapitel steht zunächst das „Altern“ der Industrieregion im Vordergrund. Auf der methodischen Ebene ist dabei nach Tauglichkeit und Erklärungskraft dieses Konzepts zur Analyse des ökonomischen Anpassungsprozesses im Saarland während der Stagnationskrise zu fragen. Des weiteren werden Muster der Perzeption wirtschaftsstruktureller Probleme und ihre frühe Verarbeitung auf Landes- und kommunaler Ebene sowie in der zeitgenössischen wissenschaftlichen Diskussion analysiert. Dies führt im zweiten Teilkapitel zur Frage nach dem Beitrag der Landespolitik in den Kernfeldern ihrer politischen Aktivitäten, nämlich der Struktur-, der Kohle- und der Verkehrspolitik. Eher theoretisch ausgerichtet sind die dann folgenden Erwägungen zu methodischen Problemen der Bundeslandgeschichte und hierbei insbesondere dem Problem der angemessenen Beurteilung des Beitrags der Landespolitik zur politischen Begleitung wirtschaftsstruktureller Veränderungen. Im dritten Hauptkapitel wird schließlich nach der Bedeutung der Jahre 1966/67 als Zeit der regionalen Wirtschaftskrise gefragt. Gestützt auf eine Analyse der ökonomischen Entwicklung im Saarland während der Krise werden die Prinzipien der Neufassung regionaler Politik auf Bundesebene mit den in der wissenschaftlichen Diskussion über das Saarland und in der saarländischen Politik entwickelten Konzepten kontrastiert. Im zweiten Teil des dritten Hauptkapitels wird die Aufarbeitung der regionalen Wirtschaftskrise in der (partei-)politischen Auseinandersetzung um die Neufassung der Regionalpolitik skizziert, im dritten Teilkapitel stehen die Schwierigkeiten bei deren konkreter (reform-)politischer Umsetzung im Vordergrund. Zusammenfassungen jeweils am Ende der Kapitel sollen dem eiligen Leser den schnellen Zugang zu den Ergebnissen erleichtern.